

Bürgerschaft der Hansestadt Wismar
PROTOKOLL

Sitzung des Eigenbetriebsausschusses

Sitzungstermin:	Dienstag, 01.09.2020,
Raum, Ort:	Bürgerschaftssaal im Rathaus, Am Markt 1, 23966 Wismar
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	18:40 Uhr

Sitzungsteilnehmer

Anwesende Mitglieder

Vorsitz

Frau Sibylle Runge (SPD)

Mitglieder

Herr Peter Manthey (FDP)

Herr Hans-Martin Helbig (CDU)

Herr Ronny Keßler (SPD) ab 17.09 Uhr, TOP 6

Herr Andreas Schöning (AfD)

Herr Frieder Weinhold (CDU) bis 18:09 Uhr (während TOP 8)

Herr Hannes Bergmann (GRÜNE)

Herr Eike Koebe (FÜR-WISMAR-Forum)

Dr.Gabriele Sauerbier (DIE LINKE.)

Verwaltung

Herr Michael Berkhahn (Senator)

Frau Christine Helms ()

Frau Dagmar Broy ()

Dr.Henrik Fanger ()

Herr Carsten Lüneburg ()

Frau Dana Fabig 0

Gäste

Herr Michael Napierski 0

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- 1 Begrüßung durch die Vorsitzende
- 2 Eröffnung / Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 3 Beschlussfassung über die Tagesordnung
- 4 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 18.08.2020
- 5 Wahl des 1. Stellvertreters der Ausschussvorsitzenden
- 6 Feststellung des Jahresabschlusses 2019 für den Entsorgungs- und Verkehrsbetrieb der Hansestadt Wismar
- 7 Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2019 der Seniorenheime der Hansestadt Wismar
- 8 Erstellung und Umsetzung eines Personalentwicklungskonzeptes für die Seniorenheime der Hansestadt Wismar
- 9 Sonstiges

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1 Begrüßung durch die Vorsitzende

Die Ausschussvorsitzende Frau Runge begrüßt die Anwesenden.

2 Eröffnung / Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau Runge eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Die Beschlussfähigkeit ist mit 8 anwesenden Ausschussmitgliedern von insgesamt 9 gegeben.

3 Beschlussfassung über die Tagesordnung

Die Tagesordnung wird einstimmig beschlossen.

4 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 18.08.2020

Das Protokoll wird einstimmig genehmigt.

5 Wahl des 1. Stellvertreters der Ausschussvorsitzenden

Frau Runge erklärt, dass durch den Wechsel zwischen Herrn Schneider und Herrn Schöning die Funktion des 1. Stellvertreters, die Herr Schneider inne hatte, neu gewählt werden muss. Frau Runge fragt Herrn Schöning, ob er als Kandidat für diese Funktion zur Verfügung steht. Herr Schöning verneint dies und schlägt stattdessen Herrn Helbig vor. Frau Runge schlägt als Gegenkandidatin Frau Dr. Sauerbier vor.

Frau Runge stellt an die Ausschussmitglieder die Frage, ob die Wahl offen mit Handzeichen oder geheim durchgeführt werden soll. Alle Mitglieder sprechen sich für eine offene Wahl per Handzeichen aus.

Frau Runge lässt die 8 anwesenden Ausschussmitglieder über beide Wahlvorschläge abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

Frau Dr. Sauerbier erhält 4 Ja-Stimmen

Herr Helbig erhält 4 Ja-Stimmen

Auf Nachfrage von Frau Runge teilt Herr Senator Berkahn zum weiteren Verfahren bei einem unentschiedenen Ergebnis mit, dass nun entweder die Wahl wiederholt werden müsste, was sicherlich erneut zur Pattsituation führen würde. Danach wäre die Wahl zu vertagen auf eine nächste Sitzung oder ein Los-Entscheid herbei zu führen.

Frau Runge vertagt die Wahl in die nächste Sitzung. Alle Ausschussmitglieder sind einverstanden.

6 Feststellung des Jahresabschlusses 2019 für den Entsorgungs- und Verkehrsbetrieb der Hansestadt Wismar Vorlage: VO/2020/3596

Beschluss:

1. Die Bürgerschaft der Hansestadt Wismar stellt den von der BRB Revision und Beratung oHG durch uneingeschränktes Testat bestätigten Jahresabschluss für den Entsorgungs- und Verkehrsbetrieb der Hansestadt Wismar (Anlage 1) fest.

Das Jahresergebnis in Höhe von 3.665.654,00 € wird wie folgt verwendet:

Ausschüttung an den Haushalt der Hansestadt Wismar zum 30.11.2020	
aus dem BgA Stadtverkehr:	1.600.000,00 €
Einstellung in die Rücklagen:	2.065.654,00 €

2. Die Bürgerschaft der Hansestadt Wismar beschließt die Entlastung der Betriebsleitung für das Wirtschaftsjahr 2019.

Wortmeldungen:

Frau Helms, Herr Napierski, Frau Runge, Herr Senator Berkahn, Herr Weinhold

Frau Helms berichtet ausführlich über die Prüfung des Jahresabschlusses und stellt das Prüfungsergebnis unterteilt nach den einzelnen Bereichen vor. Für die Verwendung des Jahresgewinns wird vorgeschlagen, 1,6 Mio. € an den städtischen Haushalt abzuführen und den restlichen Betrag in die Rücklagen einzustellen.

Frau Helms schlägt vor, zum Prüfungsprozedere Herrn Napierski, Wirtschaftsprüfer der BRB Revision & Beratung oHG, das Wort zu erteilen. Frau Runge erteilt Herrn Napierski das Wort. Dieser berichtet anhand eines vorher verteilten Handouts über die Inhalte des Prüfungsauftrages und die Durchführung, über die Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage und über das Prüfergebnis. Im Anschluss stehen Frau Helms und Herr Napierski für die Beantwortung von Fragen zur Verfügung.

Frau Runge möchte Genaueres über die Beschäftigung der von Frau Helms erwähnten acht Langzeitarbeitslosen wissen. Frau Helms teilt dazu mit, dass ein Programm der Bundesagentur für Arbeit die Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen nach dem Teilhabe-Chancen-Gesetz ermöglichte. Die Einstellung erfolgte zunächst befristet für zwei Jahre und kann auf fünf Jahre verlängert werden. In den beiden ersten Jahren erstattet die Bundesagentur für Arbeit 100 % der Lohnkosten, in den Folgejahren im dritten Jahr 90 %, im vierten Jahr 80 % und im fünften Jahr 70 %. Ziel dieses Programmes ist es, diese Kräfte an den ersten Arbeitsmarkt zurückzuführen. Bisher haben wir mit den meisten Beschäftigten sehr gute Erfahrungen gemacht, so dass wir die Verlängerung auf fünf Jahre beabsichtigen, was dann u. a. zur Erhöhung der Personalkosten in den Folgejahren beiträgt.

Weiterhin möchte Frau Runge wissen, was sich hinter den „offenen Forderungen“ verbirgt. Herr Napierski antwortet darauf, dass es sich hierbei um normale Forderungen aus dem Liefer- und Leistungsprozess handelt. Frau Helms ergänzt, dass ein wesentlicher Posten die Ausschüttung der Stadtwerke beinhaltet.

Es gibt keine weiteren Fragen. Frau Runge lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

- einstimmig beschlossen

Ja-Stimmen: 8
Nein-Stimmen: 0

7 Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2019 der Seniorenheime der Hansestadt Wismar
Vorlage: VO/2020/3584

Beschluss:

1. Die Bürgerschaft der Hansestadt Wismar stellt den von der BRB Revision und Beratung oHG Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft durch uneingeschränktes Testat bestätigten Jahresabschluss zum 31.12.2019 und den Lagebericht für das Geschäftsjahr 2019 des Eigenbetriebes Seniorenheime der Hansestadt Wismar mit der in der Bilanz ausgewiesenen Bilanzsumme von 25.751.272,85 € und einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 140.856,86 € fest.
2. Der Lagebericht wird genehmigt.
3. Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 140.856,86 € soll wie folgt ausgeglichen werden:
 - 50.000,00 € Abführung an die Hansestadt Wismar zur Verwendung für gemeinnützige Zwecke
 - 190.856,86 € Entnahme aus der freien Rücklage

Die Hansestadt Wismar verpflichtet sich, die Verwendung der Zuwendungen der Seniorenheime der Hansestadt Wismar für gemeinnützige Zwecke nachzuweisen.

Die Bürgerschaft der Hansestadt Wismar beschließt die Entlastung der Betriebsleiterin für das Wirtschaftsjahr 2019.

Wortmeldungen:

Frau Broy, Frau Runge, Herr Bergmann, Herr Senator Berkhahn, Frau Fabig, Frau Dr. Sauerbier, Herr Koebe

Frau Broy stellt den Jahresabschluss der Seniorenheime vor. Die Prüfung hat wie im EVB das Unternehmen BRB Revision & Beratung oHG durchgeführt und auch den Seniorenheimen das uneingeschränkte Testat erteilt. Frau Broy berichtet, dass erstmalig ein negatives Ergebnis erzielt wurde, was jedoch keine Überraschung war. Mehrfach hatte sie bereits im Eigenbetriebsausschuss über die Umstände, die letztendlich dazu führten, berichtet. Der durch die gesunkene Auslastung entstandene Fehlbetrag von 140,9 T€ soll durch Rücklagen ausgeglichen werden. Eine Abführung an den Stadthaushalt zur Verwendung für gemeinnützige Zwecke ist in Höhe von 50 T€ geplant.

Frau Broy berichtet weiterhin über die Auslastung der Häuser und über in 2019 getätigte Investitionen (z. B. Fertigstellung des Besucherparkplatzes am Friedenshof, Beginn der Saalerweiterung im Haus Wendorf sowie Investitionen in Geschäftsausstattung, Software etc.) und über die Personalentwicklung und gibt einen Ausblick auf das nächste Jahr. Auch in 2020 ist das Ziel eine höhere Auslastung, wofür das Hauptaugenmerk weiterhin auf die Gewinnung von Fachkräften, insbesondere durch Ausbildung, gelegt wird. Mit den Pflegekassen wurden im Frühjahr erfolgreich Pflegesatzverhandlungen für alle Einrichtungen geführt, so dass zum 01.06.2020 neue Pflegesätze vereinbart werden konnten.

Frau Runge eröffnet die Diskussion mit der Frage, wie viele offene Plätze es aktuell in den Häusern gibt. Laut Frau Broy sind etwa 80 Plätze nicht belegt.

Herr Bergmann möchte wissen, warum im Lagebericht eine Auslastung der Tagespflege bis zum 31.03.2020 mit nur 63,18 % (Plan gesamt 80 %) genannt ist. Frau Broy antwortet, dass die Tagespflege wegen der COVID-19-Pandemie seit dem 16.03.2020 vollständig geschlossen werden

musste. Erst seit dem 04.05.2020 war eine Notbetreuung wieder möglich. Dieser Umstand konnte in der Planung nicht berücksichtigt werden.

Weiterhin möchte Herr Bergmann wissen, warum trotz des entstandenen Fehlbetrages 20 T€ mehr als in Vorjahren an den Stadthaushalt zur Verwendung für gemeinnützige Zwecke aus den Rücklagen abgeführt werden und warum dies auch für 2020 so geplant wurde. Erfolgt bei weiterhin schlechten Ergebnissen eine Senkung der veranschlagten 50 T€?

Herr Senator Berkhahn antwortet darauf, dass grundsätzlich durch die Verwaltungsspitze festgelegt ist, dass sich die städtischen Eigenbetriebe und Beteiligungen soweit möglich an den Kosten im Stadthaushalt für gemeinnützige Zwecke in der Hansestadt Wismar beteiligen. Die Rechtmäßigkeit der Abführungen wurde zuvor durch einen Wirtschaftsprüfer geprüft.

Frau Fabig erklärt, dass der Plan jeweils im Vorjahr des Planjahres aufgestellt wird. Von dem Ergebnis des Jahres 2018 wurden bereits 50 T€ an den Stadthaushalt abgeführt, obwohl im Wirtschaftsplan, der bereits 2017 aufgestellt wurde, nur 30 T€ geplant waren. Da das Ergebnis 2018 positiver ausfiel, konnten 50 T€ ausgeschüttet werden. Diese Höhe ist auch weiterhin in den nachfolgenden Wirtschaftsplänen berücksichtigt worden.

Frau Runge merkt hierzu an, dass bei einer gewissen Dauer schlechter Ergebnisse über eine Senkung der Abführung nachgedacht werden sollte.

Frau Dr. Sauerbier fragt, ob die Rücklagen so hoch sind, dass auch die Eigenanteile der Bewohner gesenkt werden könnten?

Dies wird von der Verwaltung verneint, da die Rücklagen zweckgebunden sind und nur für Betriebsmittelausstattungen verwendet werden dürfen.

Frau Runge lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

- mehrheitlich beschlossen

Ja-Stimmen:	7
Nein-Stimmen:	1
Enthaltungen:	1

8 Erstellung und Umsetzung eines Personalentwicklungskonzeptes für die Seniorenheime der Hansestadt Wismar
Vorlage: VO/2020/3405

Beschlussvorschlag:

Die Bürgerschaft beauftragt die Verwaltung, ein Personalentwicklungskonzept (PEK) für die Seniorenheime der Hansestadt Wismar von einem geeigneten externen Beratungsunternehmen möglichst bis zum 01.06.2021 erstellen zu lassen.

Ziel ist es, die Gründe für die personellen Engpässe herauszuarbeiten, um auf dieser Grundlage die Personalsituation der Seniorenheime nachhaltig zu verbessern und so eine höhere Auslastung bei der Belegung zu erreichen. Ein besonderer Fokus ist auf die möglichen Einflussfaktoren und Maßnahmen zur Mitarbeiter- und Fachkräftebindung und deren Gewinnung zu richten.

Die Aufgabenstellung und Methodik sind dem Eigenbetriebsausschuss vorzustellen und mit diesem abzustimmen. Des Weiteren sind die Ergebnisse der Ist-Analyse und das erstellte Konzept im Fachausschuss zu beraten.

Die erforderlichen finanziellen Mittel sind den Rücklagen der Seniorenheime zu entnehmen.

Wortmeldungen:

Frau Runge, Herr Bergmann, Herr Koebe, Herr Senator Berkhahn, Herr Schöning, Herr Helbig, Frau Broy

Frau Runge verliert den Beschlussvorschlag aus dem Antrag an die Bürgerschaft vom 14.02.2020. Bevor sie die antragstellenden Fraktionsvertreter um deren Stellungnahme bittet, ob sie den Antrag nach den vielen geführten Diskussionen zu dieser Thematik aufrecht erhalten wollen, berichtet sie über die von Herrn Gundlack ins Leben gerufene Diskussionsrunde zur Pflege. Zu der gestrigen Runde (31.08.2020) war auch die Sozialministerin Stefanie Drese eingeladen. In dieser Runde wurde einmal mehr deutlich, dass die vorhandenen Probleme in der Personalsituation uneingeschränkt von allen Pflegeheimen landesweit so wahrgenommen werden. Ein Konzept zur Personalentwicklung kann hier kein Allheilmittel sein.

Herr Bergmann teilt mit, dass seine Fraktion alle Bemühungen seitens der Verwaltung erkennt, dennoch die derzeitige Situation nicht hinnehmen kann und ihren Antrag, einen externen Berater zu beauftragen, weiterhin aufrecht erhält.

Herr Koebe schließt sich dem an und ergänzt, dass Personal nur dann bleibt, wenn es sich wohl fühlt. Dies zu ergründen, ist nicht Sache des Ausschusses. Auch seine Fraktion steht nach wie vor zu dem Antrag.

Herr Senator Berkhahn kann nicht verstehen, warum die Ergebnisse aus den lange geführten Diskussionen und die aktuellen Ausführungen von Frau Runge nicht zur Kenntnis genommen werden. Es besteht ein genereller Mangel an Fachkräften, für den nicht die Führung der Einrichtungen verantwortlich ist.

Die Ausschussmitglieder diskutieren weiterhin darüber, dass der Pflegeberuf deutschlandweit härter geworden ist und inwieweit die Erstellung eines Personalentwicklungskonzepts zur Fachkräftegewinnung beitragen könnte. Möglicherweise wird uns dies genauso ratlos zurück lassen, aber viel Geld gekostet haben, meint Herr Helbig. Seine Fraktion wird gegen den Antrag stimmen, zumal auch er nicht den Erfolg eines Personalentwicklungskonzeptes sieht.

Frau Broy bestätigt dies. Wenn gesehen worden wäre, dass ein solches Konzept etwas bringen könnte, hätte sie es längst in Auftrag gegeben. Sie schildert noch einmal alle bisherigen Bemühungen zur Gewinnung und Haltung des Personals und berichtet über bereits erzielte Erfolge bei der Übernahme von Auszubildenden und bei Personalrückgewinnungen. Die theoretische Ausbildung findet nun wieder in Wismar statt, so dass auch hier die Bedingungen für die Auszubildenden verbessert werden konnten. Im Zuge der gestrigen Gesprächsrunde mit Herrn Gundlack wurde der Sozialministerin mit auf den Weg gegeben, das derzeit in Entwicklung befindliche Personalbemessungssystem für die stationäre Pflege voran zu treiben. Demnach könnte künftig nach einer gewissen Erprobungszeit ein Qualifikationsmix die deutschlandweit angewandte starre Fachkraftquote aufweichen.

Frau Runge lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

- mehrheitlich abgelehnt

Ja-Stimmen: 2

Nein-Stimmen:	5
Enthaltungen:	1

9 Sonstiges

Wortmeldungen:

Es wird nichts vorgetragen.

Frau Runge stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

Der nicht öffentliche Teil der Sitzung wird hier nicht dargestellt.